

# Vossische Zeitung



Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen / Begründet 1704

Verlag Ullstein. Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs (A 7) 3600—3667.  
für den Fernverkehr Amt Dönhofs 3688—3693. Telegramm-Adresse:  
Ullsteinhaus, Berlin. Postcheck-Konto: Berlin 660. Wöchentlich 1 Mark.  
Monatlich 4,30 Mark, bei Zustellung durch die Post dazu 36 Pfennig Beistellgeld.

20 Pf. · Nr 360 · A 183

**Berlin**  
SONNTAG, 2. AUGUST 1931

Verantwortlich für den Gesamtinhalt (außer dem Handelsblatt) Dr. Carl Mich.  
Berlin. Anzeigen-Preis: Mon-Zeil 35 Pfennig. Familien-Anzeigen: Mon-Zeil  
20 Pfennig. Keine Verantwortlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.  
Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26.

MORGEN-AUSGABE · V

## Das Geld roßt wieder

Milliardenkredit für England — Fortschritte der Stillhaltung

Eigene Meldung der Vossischen Zeitung

PARIS, 1. AUGUST

Die internationale Finanzlage hat sich in den letzten 24 Stunden wesentlich entspannt. Die französisch-englischen Kreditverhandlungen, an deren Zusammenbrechen trotz des Widerstandes von Seiten nicht mehr zu zweifeln war, sind unter Beteiligung der amerikanischen Notenbanknoten in alter Form zum Abschluß gekommen. Gleichfalls sind unter Führung der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft die deutsch-französischen Verhandlungen über die Stillhalte-Aktion jenseit gefördert worden, daß mit einem Abstieg in wenigen Tagen zu rechnen ist. Schließlich konnten auch aus 3 merita günstige Nachrichten über die Vereinfachung der amerikanischen Finanzverhältnisse, die kurzfristigen Kredite in Deutschland auf sechs Monate setzen zu lassen. Damit ist die internationale Stillhalte-Aktion zwischen Deutschland, die auf der Londoner Ministerkonferenz beschlossen worden war, nun auch bei den Banken, die in Stillhaltungen stillhalten müssen, auf den Gang seiner Forderung.

Der Notenbankkredit für die Bank von England, über den Sir Robert Anderson gestern Abend in Paris die Stillhaltungsverhandlungen geführt hat, ist jenseit größer als anfangs beabsichtigt war. Er erstreckt sich auf 50 Millionen Pfund. Auf die Transaktion der Bank von Frankreich, die nur mit der Hälfte an dem Gesamtkredit beteiligt ist, werden aber die Beträge angesetzt, die die französische Notenbank vereinbarungsgemäß im Laufe der letzten acht Tage bereits zur Stillhaltung des Hunderts ausgenommen hat. Dadurch sinkt der französische Anteil wahrscheinlich unter die ursprünglich in Aussicht genommenen 20 Millionen Pfund.

Die französische Transaktion wird noch einmal untergeteilt, die Hälfte übernimmt direkt die Bank von Frankreich, die andere Hälfte wird auf die französischen Großbanken und die großen Pariser Privatbanken umgelegt. Der Zinssatz lag 3½ v. H. betragen, liegt also unter dem jetzigen Diskont der Bank von England.

In welchem Ausmaß die Bank von England auf diesen Notenbankkredit zurückgreifen muß, hängt von der weiteren Entwicklung in Deutschland ab. Soeben sind durch die Kreditaktion auch die fast belasteten Stillhaltungsnehmer in die Lage versetzt, ihre kurzfristigen Kredite in Deutschland setzen zu lassen und bereits vorgenommene Kreditrückzahlungen zurückzugeben. Die englischen Stillhaltungsnehmer sollen, wie wir bereits meldeten, am Dienstag in London in einer gemeinsamen deutsch-französisch-englischen Bankendeckung gefestigt werden.

Als ein günstiges Vorzeichen für das Gelingen der großen internationalen Diskussion für Deutschland wird hier auch die Mitteilung des Präsidenten der Bank von England, Sir John Glynne, in dem internationalen Sachverständigenkomitee angesehen. Wenn sich durch die Europäische Währungsunion und der Zusammentritt des Völker Sachverständigenkomitees um einige Tage verschieben wird, so erklärt man doch in der Reichsbank Währungs, die Vertretung Amerikas in dem Kreditkomitee zu übernehmen, eine gewisse Gewähr dafür, daß die deutsch-französischen Gruppe in Wall Street die Oberhand gewonnen hat und daß Amerika bereit ist, sich an einer großzügigen Aktion für Deutschland zu beteiligen. Wenn J. Glynne, der seit der vom ihm durchgeführten Fusion der Chase Bank und der Equitable an der Spitze der größten Bank der Welt steht, gilt als Bankmann in Wall Street als höchste Autorität.

Bekannt ist, daß die Chase Bank enge Beziehungen zur Rockefeller-Gruppe hat, während sie zum Unterschied von den beiden anderen New-Yorker Großbanken, der Guaranty Trust Co. und der National City Bank of New York, gegenüber dem Bankhaus Morgan eine durchaus selbständige Stellung einnimmt. Die Chase Bank ist von den großen New-Yorker Bankinstituten am tiefsten in Deutschland interessiert, was auch schon darin seinen Ausdruck findet, daß der Bankdirektor Vertreter der Chase Bank, James S. Cannon, an der Berliner Besprechung über die Stillhaltungsaktion mitwirkte. Vom nächsten Freitag an wird nun Währungs die Leitung der Verhandlungen in Europa übernehmen.

Wie von amerikanischer Seite berichtet wird, tut er das zwar nicht als Abgesandter des Federal-Reserve Board, aber auf ausdrücklichen Wunsch des Gouverneurs der Federal

Reserve Bank of New York, George E. Harrison, und mit Zustimmung von Washington. John Pierpont Morgan, der sich zur Zeit ebenfalls in Europa aufhält, und dessen Bankentwürfen sich in den letzten Wochen wieder recht unheimlich gegenüber Deutschland gezeigt hat, wird sich nicht, wie bei der Young-Konferenz, persönlich bemühen müssen. Er kann die Erhaltungslauf auf seiner Jagd ungehindert fortsetzen. Wall Street vertritt diesmal Wiggins.

Der günstige Eindruck der Finanzverhandlungen wird in Paris zum Teil allerdings wieder aufgewogen durch die politischen Nachrichten, die aus Deutschland kommen.

Man zeigt sich hier übermäßig besorgt über die bevorstehende Abstimmung in Preußen. Das Datum des Volksentscheides, der 9. August, erscheint in immer größerem Maße in der Pariser Presse, und gerade die verlässlichen Quellen stellen fest, daß man glauben hat, daß an diesem Tage gerade die Entscheidung über den Frieden in Europa falle. Wöllig unverkennbar wird die Haltung der Deutschen Volkspartei, die man hier mit besonderer Betonung die Partei des Außenministers Curtius nennt.

Aber auch schon vor der letzten Entscheidung der Volkspartei zugunsten des Volksentscheides ist hier ummühevoll eine Ursache entstanden, die wahrscheinlich von Berlin aus leicht hätte abgemildert werden können. Die Berliner Korrespondenten der großen Pariser Informationsstellen, überwiegend deutsch an der deutsch-französischen Verhandlung arbeitende Journalisten, sind offenbar nicht einverstanden oder nicht rechtzeitig über die möglichen Auswirkungen des Volksentscheides unterrichtet worden. Man hat ihnen außerdem nicht gesagt, daß selbst im ungünstigsten Falle ein weiter rechts gerichteter Preußen-Parlament erst in mehreren Monaten zusammenzutreten kann, daß bis zum Umbau der Regierung und nun erst bis zu einer Umgestaltung der preußischen Verwaltung auf alle Fälle noch weitere Monate vergehen werden — eine Zeit, in der vor allem außenpolitisch noch sehr viel zur Befriedigung Europas geschehen kann.

Schlaflos ist hier in der Öffentlichkeit der Eindruck entstanden, daß bei einem Erfolg des Volksentscheides schon am Morgen nach dem 9. August ganz Deutschland in den Händen der extremen Nationalisten sein würde. Man darf nicht verschweigen, daß der „Antideutsche Presseklub“, der auf anderen Gebieten sich sehr viel über die Zeit, hier in der dauerlicher Weise verlagert hat.

R. L.

Siehe auch zweite Seite

## Ab Mittwoch freier Bankverkehr

Die 7. Rotterdamer Verordnung über die Wiederannahme des Zahlungsverkehrs ist nunmehr erschienen. Sie enthält, wie bereits bekannt geworden ist, die Bestimmung, daß am 3. und 4. August für den Bankverkehr der Banken die gleichen Bestimmungen wie bisher gelten. Auch im Überweisungsverkehr bleibt der bisherige Zustand am Montag noch aufrechterhalten, wobei allerdings erwartet wird, daß die Mitglieder des Überweisungsverbandes, die das Recht haben, ihren bargelegten Zahlungsverkehr autonom zu regeln, alle Bestimmungen fallen lassen. Am Dienstag tritt dann für sämtliche Banken die völlige Freiheit im Überweisungsverkehr ein, mit Ausnahme der Überweisungen auf Postkonten und Reichsbankkonten.

Der Mittwoch schließlich stellt für die Banken (ausgenommen die Sparkassen) den Zustand völliger Freiheit wieder her. Für die Inhaber von Sparkassen bei öffentlichen und privaten Bankinstituten wird ebenfalls bis zum 4. August die Höchstsumme der Überhebungen auf 50 RM erhöht. Der Überweisungsverkehr findet im großen ganzen auf der Basis der bisherigen Regelung statt. Schließlich enthält die Rotterdamer Verordnung die völlige Bestimmungen über die Verzinsung und Protestverfahren für Wechsel, die sich inhaltlich an die bisherige Regelung anlehnen.

Der Wortlaut der Verordnung veröffentlichen wir an anderer Stelle des Blattes.

## Aus Fehlern lernen

Von

DR. PETER REINHOLD,  
früherem Reichsfinanzminister

Das Tempo der Sieben-Meilen-Stiefel, in dem das Schiffahrtswesen fortgeschritten ist, hat sich noch immer nicht verlangsamt: Ereignisse und Befehle überfließen sich, und täglich wechselt das Bild.

Staatskapitalismus und private Wirtschaftsinhalte gehen wir und ohne erkennbare Trennungslinien durch: andere: Personen und Institutionen, die man gestern gewandt und so leicht gefunden hatte, werden heute wieder auf den Schild gehoben: rechter Hand, linker Hand, alles veraltet. Wir kennen Männer in den höchsten Führerstellen des Staates und der Wirtschaft, die bieleisen Pläne mit dem Fanatismus verfolgen, die sie noch vor einigen Tagen selbstschuldig bekämpft haben: vieles wurde verbrannt, was man angebetet hatte, und mander wird heute wieder angebetet, den man gestern noch verbrannt wollte.

Ist in all diesem Wirrwarr ein Weg zu erkennen, der nicht zurück, sondern voraus führt? Man kann, so scheint uns, diese Frage nicht beantworten, ohne sich über die Ursachen unserer jenseitigen (schwierigen) Situation klar zu werden. Wir denken dabei nicht daran, die vielen Maßnahmen und Beschlüsse der letzten Zeit herauszuheben zu müssen, ob sie berichtigt oder verfehlt waren; wir halten auch den gegenwärtigen Zeitpunkt noch für verfehlt, um die Schuldfrage einzelner Persönlichkeiten aufzurollen. Nur das eine glauben wir in dieser Hinsicht schon heute sagen zu müssen: das System der Fährtenauswahl, das man bisher für die deutsche Politik so sehr und zum Teil mit vollem Recht kritisiert hat, wie sich in diesen Tagen klar herausstellt, auch in der Wirtschaft in bedeutenden Maße verfehlt. Der scharf Wind dieser Seite hat die Schuldlosigkeit vieler glänzenden Fährten aufgedeckt: es ist deshalb unerlässlich, daß sobald wie möglich die Konsequenzen aus dieser Tatsache nach der persönlichen und der sachlichen Seite hin gezogen wird.

Für den Augenblick insofern handelt es sich nicht darum, nach Schuld und Schuldigen zu suchen, sondern sich klar zu machen, welche falschen Wege wir gegangen sind, um aus der Erkenntnis dieser Mängel für die Zukunft zu lernen. Hier entscheidende Fehler sind nach unserer Auffassung in erster Linie an den augenblicklichen Schwierigkeiten Schuld, soweit es sich um Entscheidungen auf wirtschaftlichem Gebiet handelt, bei denen Deutschland die volle Freiheit des Entscheidunges besaß.

Den ersten Fehler sehen wir in der seit vielen Jahren von der Regierung und der Reichsbank, insbesondere unter ihrer alten Leitung, leider mit sonst in Deutschland seltener Konsequenz durchgeführten Politik, langfristige deutsche Auslandskredite zu erschaffen oder unmöglich zu machen (man denke nur an die berühmte Verarmungsstelle), während man der Aufnahme kurzfristiger Kredite praktisch keinerlei Hindernisse in den Weg legte. Erst diese falsche Methode der Vereinnahmung des uns fehlenden Kapitals hat den Run auf die deutschen Gold- und Devisenbestände überhaupt möglich gemacht, der nach dem Zusammenbruch der Devisenmärkte den Kreditmarkt einleitete und von Woge zu Woge gefährlicherer Formen annahm.

Für jetzt gilt ganz falsche Maßnahmen an: daß die Reichsbank bis zu lange ohne ernstliche Gegenwehr den Devisenbedarf für die Regelung von fälligen Zahlungsbilanzen bereitsteht und den größten Teil ihrer Reserven fast kampflos diesem Auslandspoker opfert. Man konnte beinahe mit mathematischer Sicherheit berechnen — und das ist nicht etwa erst geschehen, nachdem das Verlangen der Reichsbankpolitik sich herausgestellt hatte — in welcher Zeit die Zahl der Auslandskredite zu einem Rußstich führen mußte.

Und als die Vertrauenskrise auf den Ausland übergriff, wurde durch die unglücklichen Befehle, die in der berechtigten Sinnhaftigkeit und Sonntag-Erhaltung des Reichsbanketts mit den Führern der Großbanken zusammen gefestigt wurden, der schließlich entscheidende Mangel begangen, der uns mit Salzen und zu sprechen, ein Fehler, schlimmer als ein Verbrechen, war: daß man durch das Fallentfallen der Danabank die gesamte deutsche Kreditkraft auf die schwerste verfehlte, entlastet durch eine falsche Aktion der Großbanken unter Führung des Reichs die phlogistische Voraussetzung für die Verhütung der Stimmung zu schaffen. Wie verheerend diese Maßnahme wirkte, zeigte sich zu wenige Stunden später: man sagt nicht zuviel, daß die ganze Glucke des Zahlungsverkehrs eine unmittelbare Folge der mangelhaften Befehle vom 12. Juli war. Die schnell